

Kleine Anfrage 127

des Abgeordneten Sven Hornauf (BSW-Fraktion)

an die Landesregierung

Beamtenbesoldung: Abstand zu Berlin bleibt vergrößert

In den beiden letzten Jahren ist insbesondere von Seiten der Finanzverwaltung im Land immer wieder die angespannte Personalsituation dargestellt worden. Dies betrifft auch weitere Teile des Landesdienstes. Beim „Kampf“ um neue und fachkundige Mitarbeiter steht das Land Brandenburg unter anderem im direkten Wettbewerb zum Land Berlin, das teilweise auch medial sehr wirksam für seinen Landesdienst wirbt. Das Land Berlin hatte bereits im Mai 2024 grundlegend beschlossen, die Besoldung seiner Beamten - neben der Übernahme der Tarifabschlüsse für die Angestellten des Öffentlichen Dienstes - schrittweise an die Besoldung der Bundesbeamten anzugleichen. Ziel war es ausdrücklich „damit im Kampf um Arbeitskräfte mithalten zu können.“. Trotz sonstiger Sparbeschlüsse hat der Senat am 21.11.2024 indes ausdrücklich beschlossen, an diesen zusätzlichen Erhöhungen festzuhalten. Damit wird der Abstand der Besoldung der Niveaus von Brandenburg und Berlin größer, mithin der Landesdienst Brandenburg im Vergleich zum Landesdienst Berlin unattraktiver.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um den sich durch die Besoldungsanpassungen in Berlin ergebenden Attraktivitätsunterschied zu egalisieren und/oder die eigene Personalgewinnung attraktiver zu gestalten?
2. Sieht die Landesregierung die Einführung von Verzahnungsämtern und/oder die Einführung weiterer Besoldungsgruppen als taugliche Maßnahmen für eine Attraktivitätssteigerung an? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, welche sollen das sein?
3. Welchen aktuellen (Arbeits-/Erarbeitungs-)Stand hat ein entsprechend zielgerichtetes Personalentwicklungskonzept für die Landesverwaltung? Wann kann damit im Positivfall gerechnet werden?